

## Synoptische Darstellung der Antworten von Bundestagskandidaten/innen der im Bundestag vertretenen Parteien zu ausgewählten flüchtlingspolitischen Fragestellungen

Themenaspekt	Die Linke	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU	FDP
<b>Bleiberecht § 104a AufenthG</b>	<p>Rechtsanspruch für lang geduldete Flüchtlinge</p> <p>Korrektur der Altfallregelung</p> <p>Komplette Entfristung der Altfallregelung</p>	<p>Gesetzliche Regelung ist voller Erfolg der SPD, trotz Kompromiss mit CDU</p> <p>Verlängerung um 2 Jahre</p> <p>Keine Kettenduldungen</p>	<p>Korrektur der Altfallregelung</p> <p>Zunächst Fristverlängerung</p> <p>Keine Kettenduldungen</p>	<p>Frage soll erst nach der Bundestagswahl erörtert werden</p>	<p>Generelle Überarbeitung der Altfallregelung</p> <p>Zunächst Verlängerung um 1 Jahr</p>
<b>Residenzpflicht</b>	<p>Residenzpflicht abschaffen, Recht auf Freizügigkeit für alle EinwohnerInnen</p>	<p>Angesichts gesunkener Asylbewerberzahlen bedarf sie einer Diskussion</p>	<p>Residenzpflicht abschaffen</p> <p>Sie verstößt gegen geltendes EU-Recht nach Art. 16 Abs. 3 Aufnahme richtlinie</p>	<p>Residenzpflicht beibehalten</p> <p>Regelungen haben sich bewährt</p>	<p>Muss überdacht werden</p> <p>Sie war oft unpraktikabel und zog oft unnötige Strafverfahren nach sich</p>
<b>Leistungen nach AsylbLG</b>	<p>Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes</p> <p>Recht auf Arbeit für alle hier lebenden Flüchtlinge</p>	<p>Keine Aufhebung des AsylbLG</p> <p>Anpassung der seit 16 Jahren nicht erhöhten Leistungen nach AsylbLG an Regelsätze nach SGB XII; Abkehr vom ausschließlichen Sachleistungsprinzip</p>	<p>Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes</p> <p>Leistungsberechtigung nach SGB XII bzw. SGB II</p> <p>Arbeitsmarktzugang nach 6 Monaten</p>	<p>Ausschluss von SGB II und SGB XII ist gerechtfertigt</p> <p>Keine Leistungen zur sozialen Integration, wenn von vorübergehendem Aufenthalt ausgegangen wird</p>	<p>Arbeitserlaubnis vom ersten Tag statt Zwang zum Bezug von Sozialleistungen</p> <p>Möglichkeit der Sachleistungsgabe sollte eingeschränkt werden</p>
<b>Unterbringung</b>	<p>Lager abschaffen</p> <p>Dezentrale Unterbringung</p>	<p>Gemeinschaftsunterbringung bedarf angesichts gesunkener Zahlen einer Diskussion</p>	<p>Lager abschaffen</p> <p>Dezentrale Unterbringung</p>	<p>Zentrale Unterbringung von Asylbewerbern</p> <p>Keine Bedenken gegen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften</p>	<p>Lager dürfen nicht die Regel sein</p> <p>Angemessene Unterbringung unabdingbar</p>

<b>Medizinische Versorgung</b>	Zugang zu guter Versorgung ohne Ausnahmen für Flüchtlinge, Asylbewerber und Illegalisierte	Vergleichbare medizinische Versorgung gefordert	Keine eingeschränkte Versorgung von Asylsuchenden	Die bisherige gesundheitliche Versorgung ermöglicht menschenwürdigen Aufenthalt	Zugang zur notwendigen Versorgung muss stets gewährleistet und darf nicht erschwert werden
<b>Abschiebehaft</b>	Abschiebehaft soll abgeschafft werden  Abschiebep Praxis ist inhuman	Verbesserungen der Haftbedingungen anhand der EU-Rückführungsrichtlinie  Keine Inhaftierung Minderjähriger	Anordnungsdauer auf ein Mindestmaß begrenzen  Keine Inhaftierung Minderjähriger  Grundlegend reformbedürftig  Manche MbB für Abschaffung	Notwendiges Instrument in besonderen Fällen  ultima ratio	Notwendig als letztes Mittel im Bereich des Ausländerrechts  Verbesserung der Haftbedingungen
<b>Menschen ohne Papiere</b>	Legalisierung und Integration illegal in Deutschland lebender Menschen  Ratifikation der Konventionen der internationalen Staatengemeinschaft zum Schutz Illegalisierter	Übermittlungspflichten von öffentlichen Stellen sollen eingeschränkt werden  Zugang zum Gesundheitssystem  Schulpflicht auch für Kinder von Menschen ohne Aufenthaltsstatus	Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung  Meldepflicht öffentlicher Stellen an die Ausländerbehörden muss entfallen	Im Bereich der Schulen Ausnahme von den Übermittlungspflichten  Recht auf medizinische Versorgung über AsylbLG gewährt	Keine allgemeinen Legalisierungen  Situation von Illegalen verbessern  Meldepflichten für Schulen und Krankenhäuser sind zu diskutieren
<b>Resettlement</b>	Für Programm, wenn Bedingungen erfüllt werden, die von der LINKEN generell für Asylsuchende und andere Flüchtlinge gefordert werden	Für ein Resettlement-Programm  Umfang muss noch diskutiert werden	Jährliche Aufnahmequoten im Rahmen von Resettlement	Lobt Aufnahme von 2500 irakischen Flüchtl.  Weitere ad-hoc-Aufnahmen oder Resettlement im europäischen Rahmen nicht ausgeschlossen	Nur in begründeten Ausnahmefällen  Vorschläge und Hinweise des UNHCR mit einbeziehen

<b>Weitere Flüchtlingspolitik</b>	Kein Widerruf von Flüchtlingsanerkennungen	Humanitäre Spielräume nutzen	Sichere Aufenthaltsrechte	Keine EU-weite einheitliche Regelung des Asylrechts	Irreguläre Migration muss geahndet werden
	Berücksichtigung der Erkenntnisse des UNHCR und Menschenrechtsorganisationen	Angemessener Zugang zu sozialen Leistungen für Flüchtlinge	Vorbehaltlose Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention	Kein generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer	FRONTEX als Grenzschutzagentur, die möglichst effektive Maßnahmen ergreift
	Kein Ausschluss von Flüchtlingen von Integrationsmaßnahmen	Betonung des Bekenntnisses zur Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention	Kommunales Wahlrecht	Integrationskurse als wichtigstes Instrument der Sprachförderung	Einführung parlamentarischer Kontrolle für FRONTEX
	Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland Lebenden	Durch europäische Verordnungen ist die erste Stufe der Harmonisierung abgeschlossen	Reform der Dublin-II-Verordnung		Intensivierung der Kooperation zwischen EU und Herkunftsstaaten der Flüchtlinge
	Rücknahme der Einschränkungen beim Ehegattennachzug		Reform der derzeitigen Anerkennungspraxis		
			Kritik an Ausländerbehörden bezüglich fehlender Prüfung der Zumutbarkeit einer Ausreise		

Quelle: Positionspapiere der MdB

Synopse: Hendrik Lammers (Kontakt: [nds@nds-fluerat.org](mailto:nds@nds-fluerat.org))

Die Synopse stellt Auszüge aus den Antwortschreiben der Bundestagskandidatinnen und -kandidaten zu ausgewählten Aspekten im Bereich der Flüchtlingspolitik dar. Einige Ausführungen, die sich nicht auf Flüchtlingspolitik bezogen, konnten keine Berücksichtigung finden, um die Darstellung nicht zu überfrachten.

Die Anordnung der Parteien entspricht der Sitzverteilung im 16. Deutschen Bundestag ( vom Rednerpult aus gesehen ).

### **Folgende Bundestagskandidatinnen und -kandidaten bezogen Stellung:**

**Die Linke:** Gerd Nier, Heinz Kuehnel, Johannah Voß, Martin Heilemann, Rüdiger Wohltmann

**SPD:** Kerstin Tack, Dr. Margrit Wetzel, Kajo Wasserhövel, Thomas Oppermann, Thurid Küber

**Bündnis 90/Die Grünen:** Detlef Knauer, Dorothea Steiner, Stefanie Henneke, Carolin Friedemann, Jürgen Trittin, Violavon Cramon, Sabine Brunke-Reubold, Dorota Szymanska, Michael Fuest, Beate Adler, Katja Keul, Peter Meiwald, Philip Kossack

**CDU:** Dr. Hans Georg Faust, Thomas Kossendey, Dr. Martina Krogmann, Ursula von der Leyen, Georg Schirmbeck, Hans- Werner Kammer, Reinhard Hegewald, Rita Pawelski

**FDP:** Dr. Claudia Winterstein, Hans-Michael Goldmann, Serkan Tören, Carl-Ludwig Thiele, Angelika Brunkhorst